



Nr. 161 / 13.07.2023

## Das Klima im Bundestag ist vergiftet

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die zurückliegende Sitzungswoche des Deutschen Bundestages – es war die letzte vor der parlamentarischen Sommerpause – hallt noch nach. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, dass das sogenannte Heizungsgesetz nicht noch schnell durch Parlament gepeitscht werden durfte, hat die „Ampel“ kalt erwischt.

Das höchste deutsche Gericht begründete seinen Entschluss damit, dass wir, die Bundestagsabgeordneten, ausreichend Zeit für die Beratung des Gesetzes haben müssen. „Die Ampelkoalition“, schreibt die renommierte F.A.Z., „hat den Schweinsgalopp zu ihrem Rhythmus gemacht. So lassen sich keine seriösen Gesetze machen.“ 70 % der Deutschen sind unzufrieden mit der Bundesregierung – ein neuer Negativrekord. Und 74 % der Bürger finden, dass noch zu viele Fragen offen sind beim Heizungsgesetz.

Die „Ampel“ sollte in sich gehen und dieses Murks-Gesetz einstampfen. Doch danach sieht es nicht aus: Die „Ampel“ plant, ihr Gesetzesvorhaben nach der Sommerpause unverändert durchs Parlament zu bringen. Weitere Beratungen sind unerwünscht, Änderungen nicht vorgesehen. Doch im Beschluss des Bundesverfassungsgerichts steht wortwörtlich, dass uns Abgeordneten „nicht nur das Recht zusteht, im Deutschen Bundestag abzustimmen, sondern auch das Recht, zu beraten“.

Jetzt wäre endlich Zeit, die vielen Verbesserungsvorschläge der Experten aus der Sachverständigenanhörung auch im Gesetz zu berücksichtigen, statt sie weiter stur zu ignorieren. Wenn die „Ampel“ genau denselben Gesetzentwurf ohne Änderungen einfach wieder so auf die Tagesordnung für den September setzt, dann ist das eine Missachtung des Bundesverfassungsgerichtsurteils – und der reichlich verunsicherten Bevölkerung.

Kanzler Scholz und seine Regierung wären gut beraten, das Urteil aus Karlsruhe zum Innehalten zu nutzen. So wie bisher kann es im Deutschen Bundestag nicht weitergehen. Das Klima im Bundestag ist vergiftet. Das liegt nicht nur, aber schon vor allem an dieser Nonchalance, mit der die „Ampel“ vorgeht: Zu Beginn der Legislaturperiode wurde eine Änderung der Sitzordnung im Deutschen

Bundestag durchgedrückt mit dem durchschaubaren Ziel, die CDU/CSU- Bundestagsfraktion in die Nähe der AfD zu rücken. Und dann wurde eine grundlegende Änderung des Wahlrechtes rücksichtslos mit der Mehrheit gegen die Minderheit durchgesetzt mit dem Ziel, sich auch künftig noch eine Mehrheit zu sichern, indem man sich der Opposition entledigt. Diese Vorgänge haben die Stimmung massiv verschlechtert, auch teils im überparteilichen, persönlichen Umgang untereinander.

Ich fand es deshalb sehr gut, dass unser Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz der „Ampel“ angeboten hat, „dass wir über die Sommerferien einmal in aller Ruhe darüber nachdenken, wie wir gemeinsam dazu beitragen können, dass das Vertrauen der Bevölkerung unseres Landes in die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie und auch in die Funktionsfähigkeit des Deutschen Bundestages wieder gestärkt wird“. Die nachdenklichen und auch selbstkritischen Sätze von Friedrich Merz in seiner Plenarrede wurden übrigens von SPD, Grünen und FDP teils mit hämischem Gelächter und Zwischenrufen erwidert. Das war ziemlich respektlos. Den „Ampel“-Kollegen sollte bewusst sein, dass sie mit ihrer Politik und mit ihrer Art, wie sie Politik machen, nicht nur die Bevölkerung massiv verunsichern und verärgern, sondern auch Vertrauen zerstören. Das trifft dann nicht nur die Regierung; das trifft uns alle.

Herzlichst

Ihr

Alexander Hoffmann, MdB